

Calmer Tagblatt

Nr. 301.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinformatige Seite 25 Pfg. Rest am 60 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag, den 29. Dezember 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis RM. 5.10 mit Bestellgeld und Zuschlag.

Clemenceau über die auswärtige Politik.

(WVB.) Paris, 24. Dez. Die gestrige Kammer Sitzung sollte zu Ende gehen. Ministerpräsident Clemenceau war schon im Begriff, das Haus zu verlassen, als der sozialistische Abg. Marcel Cachin fragte, ob der Präsident nicht dem Beispiele von Lloyd George und Ritti folgen wolle, um Erklärungen über die auswärtige Politik abzugeben, namentlich über das Ergebnis seiner letzten Reise nach London, über die Ausführung des Friedensvertrages, sowie schließlich über gewisse Fragen der inneren Politik, die die Vertretung des Lebensunterhalts betreffen. Clemenceau ergriff sofort das Wort und jagte, es sei ihm unmöglich, von militärischen Garantien zu sprechen, denn er habe keine verlangt. Sie seien von Lloyd George und Wilson angeboten worden und er glaube nicht, daß sie in Frage gestellt werden könnten. Wenn die Frage eines Tages wiederum zwischen Frankreich, Amerika und England aufgeworfen werde, dann werde er sicher keine Schwierigkeiten haben, der Kammer die Erläuterungen zu geben, die sie wünsche. Er sei nach London gegangen, um die Allianzfrage zu besprechen, und er glaube seine Zeit nicht vergeudet zu haben. In England sei die Atmosphäre für Frankreich so freundschaftlich, wie man wünschen könne. Lloyd George habe ihm gesagt, beide Länder müßten sich so eng miteinander verbunden halten, wie jemals. Er glaube nicht, gegen die Tradition zu verstoßen, wenn er sage, daß eine noch höher stehende Persönlichkeit als Lloyd George ihm das wiederholt habe. Lloyd George habe ihm ferner erklärt, kein Krieg in Europa sei mehr möglich, wenn Frankreich und England sich verständigten. Er habe darauf geantwortet, nach dieser Richtung könne man, was auch kommen möge, auf ganz Frankreich zählen. Ueber die finanziellen Fragen wolle er sich jetzt nicht aussprechen, da die Verhandlungen noch nicht beendet seien. Was die Adriafage anbelange, so habe man in London dem italienischen Minister des Aeußeren eine Note überreicht, worin die Ansichten Wilsons und Italiens gegenübergestellt seien. Nach den letzten Nachrichten, die er erhalten habe, glaube er, daß aus Italien eine letzte Anstrengung machen werde, um in kürzester Frist zu einem Einverständnis zu gelangen. Für Polen habe er in London die Anerkennung seines Rechtes auf Galizien, das man nur auf 25 Jahre habe bewilligen wollen, lauernd erlangt. Lloyd George habe endlich eingesehen, daß ein besonderes Interesse bestehe, um Deutschland einen partien Ring zu legen. Er habe nunmehr der Friedenskonferenz in bezug auf Ostgalizien eine neue Formel unterbreitet. Auch von Konstantinopel habe man gesprochen, aber hier sei noch nichts entschieden. Im Augenblick werde darüber in London verhandelt. Er glaube, daß Lloyd George im Januar den Versuch, den er in London gemacht habe, in Paris erwidern werde. Barthou wünsche noch Austausch über Rußland. Clemenceau antwortete, er habe von Rußland nichts gesagt, weil man in London nicht davon gesprochen habe. Man werde nicht nur keinen Frieden machen, sondern auch nicht mit der Sowjetregierung verhandeln. (Die Kammer lacht Beifall.) Der Sozialist Baranne rief dagegen, man sei also im Krieg. Clemenceau antwortete, die Sowjetregierung sei die grausamste und barbarischste, die jemals ein Gebiet der Welt verwüßtete. Nach der Diktatur eines Einzelnen habe man jetzt dort die Diktatur der Räte, die sich selbst ernennen, und das nenne man die Diktatur des Volkes. Diesen Grundsatz werde niemals eine französische Kammer annehmen. Der Sozialist Blanc rief dagegen, Clemenceau habe dem Zaren zugejubelt. Clemenceau antwortete, das habe er nie getan. Er habe ihn sogar oft mit der Feder bekämpft. Rußland habe einen Separatfrieden geschlossen und Frankreich habe die Folgen davon tragen müssen. Der Frieden von Bukarest habe man wieder gutmachen können, sei aber ohnmächtig geblieben. Vor allen Dingen müsse man Deutschland verhindern, dieses unglückliche Land zu kolonisieren. In dieser Grenze habe Polen aufmerksame Wache. Frankreich helfe ihm. Des polnische Heer zähle jetzt 500 000 Kämpfer. Es gäbe auch 150 000 tschecho-slowakische Soldaten. Frankreich zähle auch auf Rumänien und Serbien. Um auf diese zu zählen, müsse man die Meinungsverschiedenheiten beseitigen, die die Südslaven und Italiener trennten. Clemenceau kündigte zum Schluß an, daß sein Ministerium noch drei Wochen zu leben habe. Wenn die Wahlen beendet seien, werde er sein Mandat in die Hände des Präsidenten der Republik legen. Das werde aber diesmal seine endgültige Demission sein.

Zur äußeren Lage. Vom Obersten Rat.

Paris, 27. Dez. Der Fünferat hat den Vorschlag der deutschen Regierung, alliierte Sachverständigen-Kommissionen zu entsenden, um die deutschen Angaben über das verfügbare Gasenmaterial nachzuprüfen, der Interalliierten Kommission für Schiffahrtsfragen in London übermittelt. General Schönd, Generalstabschef des Marschalls Foch, berichtete alsdann über den Transport der alliierten Truppen in die deutschen Gebiete, wo Volksabstimmungen stattfinden sollen. Die Alliierten scheinen mit den deutschen Vorschlägen über den Transport nicht zufrieden zu sein. Sie verlangen 6 Büge für jeden Tag, während Deutschland nur 4 angeboten hat. Schließlich nahm der Fünferat Kenntnis von dem Memorandum der schweizerischen Regierung, worin der französischen Regierung die Bedingungen auseinandergesetzt werden, unter denen die Schweiz bereit ist, dem Völkerbund beizutreten.

Mündliche Verhandlungen?

Paris, 27. Dez. „Petit Parisien“ glaubt, daß die Deutschen noch eine Veränderung des Protokolls verlangen werden. Das Blatt ist der Meinung, daß sie, da sie durch keine bestimmte Frist gedrückt werden, wahrscheinlich eine Änderung des Textes bezüglich der Ablieferung der 400 000 Tonnen Gasenmaterial und die Befügung der mündlichen Versprechungen Dufassas zu den Klauseln hinsichtlich der Möglichkeit der Herabsetzung der festgesetzten Tonnenzahl verlangen werden. Der Oberste Rat werde die Frage ohne Zweifel in seiner heutigen Sitzung prüfen.

Berlin, 27. Dez. Zu den Beratungen von Simons über die Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrag, die spätestens am Montag beginnen werden, schreibt die „Deutsche Allg. Zeitung“, daß es sich hier um die in der Verhandlungsnote vom 3. November besonders erwähnten Folgen des Friedensvertrages handelt, die noch vor dessen Inkrafttreten näher festgelegt werden müssen. So um die Uebernahme der Geschäfte durch die hohe interalliierte Kommission des Rheingebietes, die Funktionen der Militär-, See- und Luftkommissionen, die gegenwärtig bereits als Kontrollkommissionen in Deutschland sind, die Wiedergutmachungskommission, Uebertragung der Oberhoheit in Memel und Danzig, die Zurückziehung der dortigen deutschen Truppen und deutschen Behörden und die Inbesitznahme dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen, die Uebergabe der Regierung in Saarbrücken und die zeitweilige Regierung in den Gebieten Oberschlesiens, Schlesiens und Ostpreußens, in denen Volksabstimmungen stattfinden werden. Ein Teil der deutschen Presse befürchtet eine Verschleppung der Verhandlungen durch eine angeblich von deutscher Seite verjüngte Verquickung der gegenwärtigen Beratungen mit der Auslieferungsfrage. So sehr die Reichsregierung bestrebt war und ist, den Obersten Rat auf die nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten und katastrophalen Folgen hinzuweisen, die das Unternehmen der Auslieferung verursachen und nach sich ziehen könnten, so wenig wird die Auslieferung, die nach dem Wortlaut des Friedensvertrages eine unumstrittene Verpflichtung für Deutschland darstellt, mit den gegenwärtigen Beratungen verknüpft. Wenn jene Verpflichtung auch unter Zwang eingegangen wurde, so ist doch keine rechtliche Handhabe geboten, um eine Abänderung durch Verquickung von Vertragsverpflichtungen durchzusetzen.

Die italienische Presse über Clemenceau's Rede.

Bern, 28. Dez. Die gesamte italienische Presse weist die Ausführungen Clemenceaus in seiner letzten Kammerrede über die Frage von Fiume und das Verhältnis Italiens zu den Südslaven mit großer Festigkeit zurück. „Secolo“ schließt seinen Leitartikel mit den Worten: Bileleicht glaubt man jetzt in Frankreich den Augenblick für gekommen wo es sich erbringt, auf Italien noch irgendwelche Rücksicht zu nehmen. — Die Artikel der übrigen Blätter sind auf denselben Ton gestimmt.

Die Auslieferungslisten.

* Paris, 27. Dez. Der Unterstaatssekretär Ignace erklärte im „Petit Journal“, daß er über seine Reise nach London sehr befriedigt sei. Er versicherte, daß alle Schuldingen, wo und wer sie auch seien, rasch zur Sühne gezogen würden. In London drehten sich die Verhandlungen um die Vereitelung derselben auch auf die verschiedenen Mächte. Der Fall des Kaisers wurde nicht berührt. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages werden die Listen unverzüglich abgeschickt werden. Die Urheber der Verwüstungen und Gewalttätigkeiten werden auf diejenigen Nationen verteilt, die von diesen Verbrechen betroffen wurden. Für diejenigen, die gegenüber verschiedenen Ländern etwas begingen, werden ge-

mischte Gerichte eingerichtet. In Frankreich existiert seit 1916 eine Kommission, die die Fälle alle zusammenstellt. Es sind bereits eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden. Die Kriegengerichte von Lille und Amiens müßten ihre Mitgliederzahl verdreifachen.

Bevorstehende Veröffentlichung von Briefen Kaiser Wilhelms an Zar Nikolaus durch ein französisches Blatt.

Paris, 28. Dez. Das „Journal“ kündigt heute an, daß es vom 1. Januar an Privatbriefe, die Kaiser Wilhelm II. an Zar Nikolaus II. in den Jahren 1894 bis 1914 gerichtet hat, veröffentlicht werden. Es erklärt, durch die Veröffentlichung dieser Korrespondenz werde die ganze persönliche Politik Kaiser Wilhelms während der 20-Jahre, in denen er den Krieg vorbereitet habe, gekennzeichnet.

Auch die Wissenschaft wird von den Franzosen nationalisiert und alliiert.

Paris, 25. Dez. (Agence Havas.) Der Sekretär der Academie der Wissenschaften, Henri Picard, erklärte einem Vertreter des „Matin“ über die Beziehungen zwischen den alliierten Gelehrten und den deutschen Wissenschaftlern, solange die Gelehrten in den bisher feindlichen Ländern nicht eine andere Geistesverfassung kundgeben, so lange sie sich nicht von den Tatsachen losgesagt haben, die die Entzweiung der Welt hervorriefen und deren abgehende die Kundgebung der 93 war, werde es den französischen Gelehrten unmöglich sein, mit ihnen wieder persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Es sei eine neue Organisation der Gelehrten geschaffen worden, der auch die neutralen Gelehrten beitreten könnten. — Also wenn die deutschen Gelehrten die Schuld Deutschlands am Kriege zugeben, und jeden Anspruch des deutschen Volkes auf Lebensluft und Licht fallen lassen, dann sollen sie in Paris willkommen sein.

Ausland.

Der irische Freiheitskampf.

Dublin, 29. Dez. (Havas.) Es ist nicht richtig, daß das Palais des Bisköns von Irland angegriffen wurde. Vorgestern Morgen gegen 2 Uhr hörte man im Phoenixpark Schüsse. Die Nebengebäude des Palais wurden sofort besetzt. Ein Offizier und eine Anzahl Wachtoldaten des Palais unternahmen eine Patrouille, um zu sehen, was vorging. Wenn man den Angaben gewisser Personen glauben schenken kann, so wurde ein Offizier im Park getötet. Das Individuum, das ebenfalls ums Leben kam, soll dasjenige sein, das auf den Offizier geschossen hat. Man verhaftete vier Personen in dem Augenblick, in dem sie den Park verließen.

Fortsetzung der englisch-bolschewistischen Verhandlungen.

Paris, 29. Dez. Nach einer Meldung aus London wird E. Grady kommenden Dienstag die Verhandlungen mit Litwinow wieder aufnehmen.

Englisch-italienische Geschäfte.

Bern, 24. Dez. Die „Tribune de Geneve“ meldet, daß die englische Regierung der italienischen Regierung für die Anerkennung des englischen Besitzes in Aegypten eine territoriale Kompensation an der Westgrenze Aegyptens angeboten habe.

Russisch-lettische Grenzverhandlungen.

Kopenhagen, 29. Dez. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsinki: Die lettischen Delegierten auf der Dorpat Konferenz fordern Lettgallen und die Städte Woldie, Sud und Düna. Die bolschewistischen Delegierten erklärten sich bereit, Lettgallen teilweise an Lettland abzutreten, dagegen widersetzen sie sich der Abtretung der drei genannten Städte.

Amerika und Japan.

(WVB.) Washington, 28. Dezbr. Staatssekretär Van-der-Burg und der japanische Botschafter haben sich über die Lage in Sibirien in freundschaftlicher Weise besprochen. Japan war einverstanden, daß, wenn die Vereinigten Staaten keine Verstärkungen dorthin entsenden könnten, die gegenwärtig besetzten Linien zu halten seien, selbst wenn die Notwendigkeit eintreten sollte, Verstärkungen schicken zu müssen. Es scheint, als ob die japanische Regierung besondere Anstrengungen machte, um der Regierung der Vereinigten Staaten zu ersuchen, daß sie in völliger Uebereinstimmung mit ihr vorgehen wolle. — (Diese amerikanische Erklärung klingt wie John, da Japan jetzt isoliert dasteht, und um gut Wetter bitten muß.)

Französische Gewalttate.

(W.B.) Berlin, 28. Dez. Zu dem französischen Urteil über die Industriellen auf dem Saargebiet, Robert und Hermann Köchling, ist nachzutragen, daß außer der Freiheitsstrafe von 10 Jahren Zuchthaus und einer Geldbuße von 10 Millionen Franken noch auf Landesverweisung für einen Zeitraum von 15 Jahren erkannt worden ist. Die Gebrüder Köchling haben die ihnen nach dem Urteil vorgeworfene Niederlegung von Fabriken und Requirierung von Metallagern auf Anweisung der zuständigen Regierungsstellen unternommen. Sie waren daher verpflichtet, den ihnen rechtmäßig erteilten Auftrag auszuführen. Eine ganze Anzahl deutscher Industrieller mußte auf Grund des gleichen Tatbestandes bereits von der französischen Behörde wieder frei gelassen werden. Da das französische Urteil ganz unhaltbar ist, so muß ein Schlag gegen das deutsche Saargebiet erblitzt werden. Das Saargebiet ist gerade in letzter Zeit wiederholt Gegenstand der gewaltigsten französischen Maßregelungen gewesen, so der Ausweisung des Landrates von Halsey mit seinem Polizeipräsidenten, der französischen Militarisierung der Eisenbahnen und der Ausweisung des Geschäftsführers, der ebenfalls in Saarbrücken seit langer Zeit ansässigen Familie Halb, Oberleutnant a. D. Schmöller. Ganz abgesehen von der Ungerechtigkeit des Urteils muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die französischen Gerichte vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrags überhaupt kein Recht hatten, deutsche Männer aus dem besetzten Gebiet vor ihre Schranken zu ziehen.

Bekämpfung des Schiebertums im besetzten Gebiet.

* Nagen, 28. Dezbr. Das Oberkommando der britischen Rheinarmee teilt die sofort in Kraft tretenden Verfügungen mit, die sich auf die Anwendung der Gesetze in der besetzten Zone beziehen, und die erlassen wurden, um den legitimen Handel gegenüber dem Spekulations- und Schiebertum zu schützen und das letztere zu verhindern. Diese Verfügungen finden auf alle Personen Anwendung, die sich in der besetzten Zone befinden, mit Ausnahme derjenigen, die den alliierten Armeen angehören. (Damit ist ja auch die nötige Hintertür wieder offen!)

Zusammenschluß der elsaß-lothringischen Abgeordneten.

Paris, 29. Dez. Die Abgeordneten von Elsaß und Lothringen haben sich zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen der beiden Provinzen zu einer Gruppe zusammengeschlossen.

Englisch-französische Garantie gegen einen — deutschen Angriff.

Bern, 27. Dez. Die „Tribune de Genève“ erhält von zuverlässiger Seite Mitteilungen über französische Vermittlungsvorschläge in der Frage der Sicherung Belgiens durch England und Frankreich gegen etwaige deutsche Angriffe. Frankreich und England verpflichten sich, den Besitz Belgiens innerhalb der nächsten fünf Jahre zu garantieren. Inzwischen würde der Völkerbund errichtet sein und dieser seinerseits als Garantemacht für Belgien dienen. Sollte wider Erwarten bis zum Jahre 1925 der Völkerbund noch nicht gegründet sein oder noch nicht als solcher ausübende Kraft besitzen, werden sich Frankreich und England verpflichten, in erneute Verhandlungen mit Belgien einzutreten und die Lage im Benehmen mit Belgien prüfen. Das Blatt bemerkt, dieser französische Vorschlag habe die Zustimmung Englands und Belgiens erhalten.

Belgischer Haß.

Brüssel, 28. Dez. Der „Soir“ wendet sich gegen die Aufforderung des Papstes, für die kranken deutschen und die hungernden österreichischen Kinder Sammlungen zu veranstalten. Kein Katholik in Belgien werde am kommenden Sonntag für die deutschen und österreichischen Kinder auch nur einen Centime geben.

Irland.

Dublin, 29. Dez. (Reuter.) Gestern Morgen ist ein Angriff auf die Wohnung des Bischofs gemacht worden. Ein Offizier der Wache wurde getötet, ebenso einer der 12 Angreifer. Vier Personen, die der Teilnahme an dem Angriff verdächtig sind, wurden in Haft genommen.

Die Eishöfbergbahn als strategische Bahn zwischen Frankreich und Italien.

(W.B.) Bern, 24. Dez. Wie die Sentinelle erfährt, sucht eine Gruppe französischer Finanzleute die Compagnie des Chemins de fer de l'Ouest zu bewegen, die Eishöfbergbahn anzukaufen, um doch eine internationale Linie Paris—Mailand zu schaffen.

Amerikanische Blockade gegen Mexiko.

Sancti, 27. Dez. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, die Verfügung Lanings, die die Waffen- und Munitionsausfuhr nach Mexiko verbietet, bedeute anscheinend die Einleitung einer scharfen Blockade gegen Mexiko.

Japanische Rüstungen.

* Amsterdam, 28. Dez. Einer Meldung aus Tokio zufolge beläuft sich das japanische Budget auf insgesamt 1275 Millionen Yen. Dem Flotten- und Heeresanschlag wird dabei vollauf entsprochen. Der Vorschlag für das Auswärtige Amt weist neue Gesandtschaften in Polen und Griechenland und zwei neue Honorarkonsulate in Deutschland auf.

Die Pest in Vorderasien und auf dem Balkan.

Barschan, 28. Dez. (In der Uebersetzung verspätet.) Der Sanitätsdienst berichtet aus Bobow, daß in der Gegend von Kamech-Podolsk die Pest ausgebrochen sei.

Paris, 28. Dez. Der „Matin“ befragte den Direktor des Pasteur-Instituts, Dujardin, bezüglich der Gerüchte über Pestfälle in den Mittelmeerhäfen. Dujardin erklärte, daß in Salonik, Alexandrien und Konstantinopel sich Herde befinden und daß die strengsten Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden sind.

Odeffa von den Bolschewisten bebroht.

(W.B.) London, 29. Dez. (Reuter.) Nach einer Konstantinopeler Meldung vom 27. Dezember beginnt die Zivilbevölkerung von Odeffa wegen des schnellen Vordringens der Bolschewisten die Stadt zu räumen.

Deutschland.

Der preussische Ministerpräsident über Preußens Stellung zum Einheitsstaat.

Berlin, 27. Dez. Im „Nachtwabendblatt“ beschäftigt sich der preussische Ministerpräsident Hirsch mit der Frage: „Wie kommen wir zum Einheitsstaat?“. Nachdem er seinen grundsätzlich zustimmenden Standpunkt zu dem Beschluß der Landesversammlung und seine Bedenken wegen des Zeitpunktes, wiederholt auch auf die Gegenbestrebungen der süddeutschen Gegner des Einheitsstaates hingewiesen hat, betonte er, daß nach Ansicht der Antragsteller in der Landesversammlung und der preussischen Regierung Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen, wenn diese Bereitwilligkeit auch bei den anderen Ländern bestünde und daß es sich daher als größtes der Länder zu einem Versuche verpflichtet fühle, ob der deutsche Einheitsstaat jetzt schon erreichbar sei. Sicher müßte die noch bestehende gefühlsmäßige Gegenfälligkeit gegen diesen Gedanken vor allem durch die Zeit überwunden werden, und ein positives Ergebnis der auch von anderen Ländern gewünschten Besprechung sei nicht zu erwarten, doch würden die preussischen Vertreter die unbegründeten Vorurteile gegen Preußen zerstreuen und greifbare Vorschläge machen können.

Eine Annäherung sei vielleicht durch einheitliche Gestaltung der Verwaltungsreform in den einzelnen Ländern erzielbar, da auch in anderen Ländern ähnliche Reformen bevorstünden, wie die neue preussische Landgemeinde- und Städteordnung, Reichsordnung und Provinzialordnung. Gelingt es den Ländern, sich über die Grundzüge dieser Reformen zu einigen und die Freizügigkeit der Beamten innerhalb Deutschlands, d. h. die Verfehrbarkeit von einem Lande ins andere, zu erreichen, so sei angefangen der Vereinlichung des Steuerwesens, Verkehrsrechts und Schulwesens durch die Reichsversammlung der Einheitsstaat tatsächlich geschaffen und es bleibe nur noch eine formelle Verfassung übrig.

Preußen habe bereits dem deutschen Einheitsgedanken zullebe auf alle Sonderrechte verzichtet und sich stets als Förderer der deutschen Einheit erwiesen. Es werde auch weiter diese Rolle spielen. Allen Widerständen zum Trotz werde der Einheitsgedanke des deutschen Volkes sich durchsetzen, möge auch der Augenblick dazu noch nicht gekommen sein.

Das Zentrumsorgan zur letzten Entente.

(W.B.) Berlin, 28. Dez. Zu der Entente führt die „Germania“ u. a. aus: Wenn die Entente auf ihrem Verlangen beharrt, beschwört sie die Gefahr herauf, daß uns von vornherein die Erfüllung der harten Friedensbedingungen unmöglich gemacht wird. Jede Schädigung und gar erst eine Unterbindung unserer wirtschaftlichen Kraft, wie sie die erzwungene Auslieferung von 2 Drittel uneres Jagdmaterials darstellen würde, macht jene um so fraglicher, als schon die Möglichkeit des Gelingens beim besten Willen an sich nicht wahrscheinlich ist. Es muß dreimal unterstrichen werden, daß es sich hier nicht, wie der „Temp“ die Sachlage zu verzerren sucht, um eine Prestigefrage handelt. Die Rützung der im Schlußprotokoll erhobenen Materialforderung um die Hälfte und die gleichzeitige schriftliche Festlegung dieser Ermäßigung muß die unerlässliche Vorbedingung für die Protokollunterzeichnung sein. — In der „Kreuzzeitg.“ heißt es, unerbittlich hält der Feind an der rechtswidrigen Forderung des Schadenersatzes für die Versenkung der deutschen Schiffe von Scapa Flow fest. Die Absicht des Feindes, in diesem Falle Englands, war und ist es ja gewesen, Deutschland die letzte Lebensmöglichkeit eines Verkehrs über See zu unterbinden.

Abfindung des Fürsten zu Lippe.

Berlin, 24. Dez. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, wurde in der letzten Sitzung des lippeischen Landtags zwischen dem früheren Fürsten zu Lippe und dem Freistaat Lippe einstimmig ein Vergleich angenommen, nach dem der frühere Fürst insgesamt an Grundbesitz circa 3500 Hektar, eine Million Mark in Bar, Teile des Hauschmucks und die Verfügung über verschiedene Fonds in Höhe von rund 100 000 Mark erhält.

Baterländische Haltung einer Arbeitgeberorganisation.

Berlin, 27. Dez. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Essen: Der bergische Fabrikantenverein in Remscheid beschloß einstimmig, keine Waren mehr an Frankreich zu liefern, solange die Kriegsgefangenen festgehalten werden.

Das Ergebnis des Berliner Gastwirtsstreiks.

Berlin, 27. Dez. Es ist, wie verschiedene Blätter mitteilen, der Plan gefaßt worden, eine Belieferung der Hotels und Speisewirtschaften zunächst in Groß-Berlin, dann aber auch für das ganze Reich mit Auslandslebensmitteln zu organisieren.

Hochwasser am Rhein.

Alm, 28. Dez. Der Pegelstand des Rheins betrug um 4 Uhr nachmittags 8,7 Meter. Das Ufergelände bis in die niedrig gelegenen Straßen ist überflutet. In Rühl fiel der Rhein um 1,35 Meter, in Koblenz um 0,6 Meter. Die Mosel fiel bei Trier um 1,33 Meter. Bei Mannheim steigt der Rhein wieder langsam.

Ein kommunistischer Weihnachtsjörg.

* Berlin, 23. Dez. Aus Frankfurt a. M. wird dem „B. L. A.“ mitgeteilt, daß in einer Versammlung kommunistischer Eisenbahnarbeiter von einem Referenten bei der Erörterung der Lohnfrage ein Tagelohn von 60 M als Existenzminimum bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitszeit gefordert wurde.

Wieder eine Broschüre zur Beurteilung

der Kriegsurkunden.

* Berlin, 28. Dez. Das „B. Tgbl.“ bringt Auszüge aus dem 2. Bande der „Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten“ des ehemaligen Votschaftsrats an der deutschen Votschaft in London, Freiherrn v. Eckardtstein. Die veröffentlichten Auszüge beziehen sich ausschließlich auf das im Jahre 1899 geplante deutsch-englische Bündnis. Eckardtstein erzählt von einem Besuche beim Kaiser im Oktober 1899, bei welcher Gelegenheit der Generaladjutant General von Pflessen sehr englandfeindliche Äußerungen tat. Ferner berichtet Eckardtstein über den Besuch Wilhelms II. in London im November 1899, als dessen Erfolg Chamberlain in Leicester seine berühmte Rede hielt, worin er zum erstenmal öffentlich für eine deutsch-englische Allianz eintrat. Diese deutsch-englische Allianz sei dann später der Englandhölle in Deutschland, die namentlich vom Flottenverein, den Konservativen, den Nationalliberalen und sonstigen Abenteurern ausging, zum Opfer gefallen. Bülow habe selbst eine geheime Instruktion für Chamberlain an Eckardtstein abgeben lassen, in der er betonte, seine englandfreundliche Politik bleibe dieselbe; nur könne er sie nicht mit voller Offenheit vertreten, ohne einen gefährlichen Widerstand im Reichstag oder im Lande hervorzurufen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Dezember 1918.

Hochwasser.

Die Regenfälle der letzten Tage hatten gestern wiederum wie überall im Lande ein Steigen des Wasserstandes zur Folge. Auch die Nagold führte wieder gewaltige Wassermassen mit sich. Schon am Vormittag wurde vom Altensteig und Nagold her eine starke Zunahme des Wasserstandes gemeldet, und die Anwohner des Gesichtsgebietes in Kenntnis gesetzt. Die Nagold ist denn auch teilweise wieder sehr stark übergetreten und hat namentlich in der Bischofsstraße gestern mittag größere Ueberschwemmungen verursacht. Auch in die Keller der anliegenden Gebäude ist das Wasser wieder eingedrungen. Infolge der rechtzeitigen Meldung konnten aber entsprechende Bergungsarbeiten vorgenommen werden, so daß diesmal außer der Verschattung der Kellerräumlichkeiten wohl kein sonderlicher Schaden entstanden ist. Die Ueberschwemmung an Weihnachten hat außer den gemeldeten schweren Schädigungen auch noch umfangreiche Beschädigungen an der Staatsstraße von Lannend bis Calw, weiter an der Waldhornbrücke und am Weinsteg zur Folge gehabt. Glücklicherweise wuchs sich die Ueberschwemmung gestern nicht in dem Grade aus, wie man nach den Meldungen befürchtet hatte. Die Anwohner hatten also diesmal ihre Bergungsarbeiten umsonst gemacht. Aber immerhin war diese Vorsichtsmaßregel besser, als wenn infolge Nachlässigkeit nochmals neuer Schaden entstanden wäre.

Vom Lieberkrang.

Unser Männergesangsverein Liebertanz, dessen Bestreben, seinen Mitgliedern bei den mannigfaltigen Anlässen frohe und genussreiche Stunden zu bieten, stets volle Würdigung gefunden hat, sah auch bei seiner Weihnachtsaufführung, der fünften Veranstaltung seit vorigen Dezember, wieder ein so stark besetztes Haus, daß eine beträchtliche Anzahl Besucher umzukehren gezwungen war. Gegen 5 Uhr begann die Feier mit dem schönen, getragenen Weihnachtschor „Hell'ge Nacht“ von Beethoven, dem sich nach den Begrüßungs- und Wunschworten des rührigen Vorstandes der mit großen Schwierigkeiten vorbereiteten Männerchor „Lief ist die Mühle“ von Bobbertsky anschloß. Beide Chöre wurden ausgezeichnet wiedergegeben. Mit Schneid und Bravour lösten die beimischen Geigenkünstler, die Herren Weiser und Pfau, und am Fagel Herr Beck die von ihnen in bankenswerter Weise übernommenen Aufgaben des netten Programms. Feinsinnige Vertiefung in die klangreichen Sätze und Figuren und all die feinen Nuancierungen, die ihnen Beethoven und Schubert vorgelegt, kennzeichneten wie immer ihr herrliches Spiel, das gleich reizend war im vollklingenden Forte wie im raffigsten Pianissimo. Der gemischte Chor erfreute die Zuhörer mit zwei herzerfrischenden Chören, dem Schumannschen „Schön Nacht“ und dem altdeutschen Volkslied „Es steht ein Lind' in jenem Tal“. Die Klangfarbe war hervorragend. — Der Männerchor „Waterland“ mit seinen markigen Akkorden leitete den zweiten Teil der Aufführungen ein. Auch mit diesem Kreuzer'schen Werke trugen die Sänger reichen Beifall davon. Den Schluß der musikalischen Darbietungen bildeten die herrliche „Abendfeier“ von Kreuzer und Fells „O schöne Jugendzeit“ mit ihren schönen Texten. Alles in allem wurden höchst lobenswerte Leistungen von der Sängerschaft, die mit ihrem energischen, tüchtigen Dirigenten voll Stolz auf den 26. Dezember zurückblicken darf, erzielt. Ja das Programm eingelochten waren die Theaterstücke „Tantchens Weihnachtsliste“ und „Robert und Vertram, die lustigen Vagabunden“. Die einzelnen Rollen lagen in ganz vorzüglichen Händen. Der Spielleiter fand den Lohn für seine Mühewaltung in der glänzenden Wiedergabe, die die beiden Stücke erfuhren. Die Spieler gaben ihr Bestes. Ihr gewandtes Auftreten, sicheres Textwissen und flottes Zusammenspiel riefen den allseitigen Beifall der Anwesenden hervor. Stärken, nicht endenwollenden Applaus ernteten die Herren mit der Aufführung der vorher erwähnten Philipp'schen Fosse, durch die das Humorbedürfnis völlig gedeckt wurde und welche auch den griesgrämigsten Philister lachen machte. Die mit den primitivsten Mitteln herborgerufenen Bühnenbeleuchtung wirkte sehr gut und war gleich angenehm für die Zuschauer und Spieler.

Die Feier, die alle Erschienenen vollauf befreite, endigte nach 9 Uhr und gab der Leitung des Liebertanzes den Beweis, daß sie mit dem Gebotenen, der klassischen Musik und der heiteren Muse, dem Geschmack des Publikums Rechnung getragen und so den richtigen Kontakt zwischen den Festgebern und den Erschienenen hergestellt hat.

lung
riegsursachen,
ngt Auszüge aus
politischen Dent-
an der deutschen
eich. Die ver-
lich auf das im
Bündnis. Erbrdt-
im Oktober 1899,
nt General non
tat. Ferner bes-
s II. in London
überlein in Lei-
zum erstenmal
eintrat. Diese
Englandrhe in
in, den Konje-
nen Alldeutschen
selbst eine ge-
bühlein abgehen
sliche Politik
voller Offenheit
d im Reichstag

Eine Erwiderung.

Von der Firma Blank u. Stoll erhalten wir folgende Zuschrift: In Ihrem Hochwasserbericht vom 27. ds. Ihres Blattes erwähnen Sie, daß das Hochwasser vom Holzlager der Firma Blank u. Stoll zugerichtet „Sohlwälder“ fortgerissen hätte. — Wir erlauben Sie, diese Stelle dahin zu berichtigen, daß solches nicht der Fall gewesen ist. — Es handelt sich nur um eine größere Zahl sogenannter „Sohlwälder“, welche verandbar waren und trotz Verankerung von den mächtigen Fluten fortgerissen wurden. Diese Hochwässer, 2 Meter lang und 3 Kilo schwer, konnten in keiner Weise gefährlich werden. — Sohlwälder wurden bei uns nicht abgeschwemmt.

Neujahrswunschheftkarten.

Durch deren Lösung werden einerseits die Glückwünsche zum Jahreswechsel dargebracht, andererseits wird der Verzicht auf persönliche Beglückwünschung ausgesprochen. Diese seit einer Reihe von Jahren in der Stadt Calw bestehende Einrichtung ist für die Einwohnererschaft von ganz besonderer Zweckmäßigkeit und dient zugleich der Wohltätigkeit, insofern der Ertrag ausschließlich den Armen der Stadt zugut kommt.

Die Karten werden gegen beliebige Beträge jedoch nicht unter 1 Mk. bei der Stadtplatz abgegeben.

Das Erscheinungsfest diesmal kein Feiertag.

Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Aus Arbeitnehmerskreisen ist an das Arbeitsministerium der Antrag gerichtet worden, den 6. Januar 1920 als Arbeitstag zu erklären, d. h. zuzulassen, daß die den Arbeiterschutz bewerkende Vorschrift für diesen einen Tag außer Kraft gesetzt werde. Es ist darauf hingewiesen worden, daß in der Christwoche drei Arbeitstage ausfallen, weil jedenfalls in allen größeren Betrieben der 27. Dezember (Samstag) als Arbeitstag ausfällt. Insofern sich eine Inbetriebsetzung, insbesondere das Anheizen größerer Dampfessel, für diesen einen Tag, ja vielleicht nur für einen halben Tag, nicht lohnt. In die Woche vom 29. Dezember bis 3. Januar fällt als ein weiterer Ruhetag der Neujahrstag. Wenn nun auch am 6. Januar 1920 gefeiert werden dürfte, so hätten die Arbeitnehmer mit einem zu großen Lohnausfall zu rechnen, der durch die vielen stromlosen Tage der letzten Monate und wegen des teilweisen Stilllegens vieler Betriebe infolge Kohlenmangels besonders fühlbar sei. Diesen Gründen konnte sich das Arbeitsministerium nicht verschließen, auch deshalb nicht, weil heute jede Förderung der Gütererzeugung im öffentlichen Interesse liegt. Deshalb soll im kommenden Jahr ausnahmsweise das Erscheinungsfest nicht als Feiertag im Sinne der Reichsgewerbeordnung gelten. Dabei wird vorausgesetzt, daß sich die Arbeitgeber bezüglich der tatsächlichen Dehnung ihrer Betriebe mit ihren Angestellten- und Arbeiterausschüssen zuvor verständigen. Selbstverständlich darf aus der Freigabe des Erscheinungsfestes als Arbeitstag nicht das Recht abgeleitet werden, einzelne Arbeitnehmer zur Arbeitsleistung an diesem Tag zu zwingen. Der Bahnverkehr für die Arbeiter ist gesichert.

Das neue 1 Kilo-Päckchen.

Am 1. Januar werden unter der Bezeichnung „Päckchen“ im deutschen Postverkehr 1 Kilo-Sendungen zugelassen, hauptsächlich zur Uebermittlung von kleinen oder leichten, weniger wertvollen Gegenständen, die wegen ihres Umfangs oder Gewichts nicht in Briefen verschickt werden können. Das Päckchen, dessen Höchstgewicht auf 1 kg festgesetzt ist, braucht keine Palettierung und zählt zu den Briefsendungen. Briefliche Mitteilungen können eingelegt werden. Die Sendungen dürfen 25 cm lang, 15 cm breit und 10 cm hoch oder in Rollenform 30 cm lang und 15 cm hoch sein. Geringe Ueberschreitungen in einer Richtung auf Kosten der anderen sind zulässig, doch darf das Höchstmaß des Rauminhalts dadurch nicht berührt werden. Die Aufschrift muß den Vermerk „Päckchen“ enthalten, außerdem Namen, Wohnort und Wohnung des Absenders tragen. Einschreiben, Wertangabe, Nachnahme oder Postlagerung sind beim Päckchen unzulässig. Bei Eilbestellung wird die Eilbestellgebühr für Briefsendungen erhoben. Die Päckchen müssen vollständig frei gemacht sein, und zwar durch 60 3 in Freimarken. Nicht oder unzureichend freigelegte Päckchen werden nicht befördert, für verlorengegangene oder beschädigte kein Ersatz geleistet. Sie sind am Schalter einzuliefern und werden womöglich mit der Briefpost, sonst mit der Palettpost befördert.

Keine weitere Tarifierhöhung bei der Eisenbahn.

Zu den Gerüchten, daß eine neuerliche Tarifierhöhung von 50 Prozent für Personenbeförderung auf der Eisenbahn für die nächste Zeit bevorsteht, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß darüber stattgefundenen Beratungen keine Grundlage für die Befürchtung einer neuen Tarifierhöhung ergeben hätten. Es kann als sicher angenommen werden, daß eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife, die die wirtschaftliche Belastung bis zur Unerträglichkeit steigern müßte, nicht beabsichtigt ist. Die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung stehen allerdings mit den Ausgaben, die unter dem Druck der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zustandes des Eisenbahnverkehrs ganz ungewöhnlich hoch sind, in keinem Verhältnis.

Verkehr mit Futterrüben.

Der immer empfindlicher wirkende Mangel an Futterrüben hat Maßnahmen gezeitigt, die eine geordnete Versorgung der Tierhalter mit Futter in Frage stellen. Demgemäß hat sich das Ernährungsministerium genötigt gesehen, nach Anhörung berufener Vertreter der Landwirtschaft eine Versorgungsregelung für den Verkehr mit Futterrüben (Bodenkohlraben), Stoppelrüben und Zuckerrüben zu treffen, die im heutigen „Staatsanzeiger“ veröffentlicht ist. Hiernach ist der Absatz, sowie der entgeltliche und unentgeltliche Erwerb der Rüben nur erlaubt auf Grund von Bezugsscheinen, die die Landesfüttermittelfelle auf Antrag Tierhalter für ihren Bedarf und dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften für die Verteilung der Kommunalverbände und landwirtschaftlicher Vereine ausstellen wird. Ausgenommen von Bezugsscheinzwang ist der Verkehr innerhalb des Oberamtsbezirks, der Kleinverkehr bis zu 10 Centnern und der Marktverkehr. Für die Abnahmeausgabe aus dem

Bezirk eines Kommunalverbandes ist außerdem Genehmigung des Oberamts in Form eines Bescheinigungsscheins erforderlich.

Die Landwirtschaftskammerwahlen.

Die Wahl von 48 Mitgliedern zur Landwirtschaftskammer durch die Landwirte und Gärtner und 12 Mitgliedern durch die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter finden am Sonntag, den 25. Januar im ganzen Lande statt. Wie bekannt, ist das Land in vier Wahlbezirke eingeteilt, die im allgemeinen den vier Kreisen entsprechen. Die Wahl erfolgt durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe. Die Wahlvorschlüsse müssen bis 10. Januar, Verbindungserklärungen von Wahlvorschlüssen bis 16. Januar bei dem Vorsitzenden der Landeskommission, Präsident v. Sting, eingereicht sein. In allen Orten müssen die Wählerlisten spätestens am 5. Januar zur Einsicht aufgelegt werden. Der Donaukreis wählt 12 Landwirte und 3 Arbeiter, der Schwarzwaldkreis 12 Landwirte und 3 Arbeiter, der Neckar- und Jagstkreis 11 und 13 Landwirte und je 3 Arbeiter, auch an unserem deutschen Volke, mögen derzeit seine Wege auch führen durch tiefes, tiefes Dunkel!

Eisenbahndiebsthle überall.

Daß wir nicht nur in Deutschland über Eisenbahndiebsthle zu klagen haben, beweist die Verhaftung von 12 Verbrechern in Lyon, die systematisch Eisenbahnwaggons auf den Bahnhöfen betraubt hatten. Die Waren wurden auf Lastautos nach Südfrankreich gebracht. Bis jetzt hat die Polizei festgestellt, daß 4700 Kilo Zucker, zahllose Fässer mit Öl, Ballen Seide usw. fehlen. — Also ganz wie bei uns!

Wirtschaftsberatung beim Obstbau.

Man schreibt uns: Der Krieg hat die außerordentlich hohe Bedeutung des Obstbaus sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher hervorgehoben. Obgleich der Obstbau in Württemberg auf einer hohen Stufe steht und von der Regierung und den Bezirksvereinen eifrig gefördert wird, ist es notwendig, noch eine weitere Steigerung der Erträge herauszuwickeln. Allgemein ist die Ueberszeugung, daß Theorie und Praxis sich gegenseitig ergänzen und miteinander arbeiten müssen, damit besonders der Sortenwahl die gebührende Aufmerksamkeit zukommt. Aus diesem Grunde sind neuerdings verschiedene Oberamtsbezirke, namentlich in der reichgelegenen Obstkraut Ober- und Unter-Obstbau, die Einrichtung der Oberamts- und Gemeindebaumwarte als den berufenen Sachverständigen und mit Boden und Klima vertrauten einheimischen Obstbaukundigen auszubauen und den Wirkungsbereich zu erweitern. Es haben deshalb einzelne Bezirke den Oberamtsbaumwart im Hauptamt mit festen Bezügen angestellt oder sind 2 Bezirke zu diesem Zweck vereinigt worden. Auch in unserem Nachbaroberamt Nagold ist bei der Amtsoberamtsversammlung von dem Bezirksobstbauverein der Antrag auf Anstellung eines Oberamtsbaumwarts im Hauptamt gestellt worden. Die Beschlußfassung über den Antrag ist von der Amtsoberamtsversammlung zurückgestellt worden. Doch für den Obstbau noch mehr als bisher geschehen muß, wird von allen einsichtigen Personen anerkannt, umso mehr, da der Krieg dem Obstbau und besonders den alten Baumbeständen sehr schweren Schaden zugefügt hat. Die Düngung ist größtenteils unterblieben und auch heute ist sie durch das Fehlen von Kunstdüngern, durch hohe Fuhrkosten und andere Preissteigerungen sehr erschwert. Aber eine fernere Vernachlässigung darf nicht mehr stattfinden, sonst gehen viele Baumbestände, die nicht von Natur auf einem fetten Boden stehen, mit der Zeit einfach ein. Aber so wichtig die Düngung ist, so wichtig ist auch die Sortenwahl und die ganze Anlage und Pflege eines Baumgutes. Wie nun bei der Ergründung eines Berufs später in jedem Oberamt eine Beratungsstelle zu Rate gezogen werden kann, so sollte nach einem Vorschlag von Oekonomierat Schönberg in Hohenheim eine Wirtschaftsberatung beim Feld- und Gartenobstbau eingerichtet werden als einer Maßnahme, die sicher fortschrittlich auf dem Gebiet des Obstbaus wirken würde. Diese Wirtschaftsberatung, meint Schönberg, würde darin bestehen, daß Gemeindebehörden, größere Güterverwaltungen, sowie größere Privatbesitzer ihren Obstbaubetrieb durch in Feld- und Gartenobstbau erfahrene Sachverständige begutachten und sich einen zielbewußten Wirtschaftsplan aufstellen und sich ganz besonders in der Sortenwahl sowie bei Neuanlagen und zum Abwischen und Ampotropfen, sowie der Maßnahme der Düngung von Zeit zu Zeit beraten lassen oder ihren Obstbaubetrieb unter die Oberaufsicht eines ständigen Beraters stellen würden. Manche Behörde und manche Gartenbesitzer würden von dieser Einrichtung Gebrauch machen und aus der unsicheren Planlosigkeit zur zielbewußten Betriebsführung gelangen. Die von Schönberg vorgebrachten Anregungen sind der Beachtung aller Obstfreunde wert. Erreichung ließe sich diese Wirtschaftsberatung leicht dadurch, daß die Stellung der Oberamtsbaumwarte dieser Forderung angepaßt und bedeutend erweitert würde. Der Oberamtsbaumwart soll der ständige Berater der Gemeinden und der privaten Baumbesitzer sein und geeignete Ratschläge machen können. Dazu bedarf es natürlich einer Erweiterung der Aufgaben des Oberamtsbaumwarts.

Die Folgen der freien Fleischbewirtschaftung.

Im besetzten Gebiet waren im Laufe dieses Sommers vor allem in der amerikanischen Besatzungszone die Bestimmungen über die Zwangsbewirtschaftung des Viehs derart unterbrochen worden, daß man dort von einem freien Handel mit Vieh und Fleisch reden konnte. Die Metzger führten den Einkauf eigenmächtig durch. Die Rationierung war stellenweise ganz aufgehoben. Die Folgen dieser freien Fleischbewirtschaftung waren nach den vorliegenden Berichten katastrophal. Die Viehpreise schneitten stark in die Höhe, so daß die Landwirte alles nur irgendwie entbehrliche Vieh abstiepen. Dadurch wurde nicht nur der Viehbestand erheblich vermindert, — Restfleisch wurde sogar das gesamte Wintergetreide

von den Landwirten verkauft und durch Maultiere ersetzt. Wenn also die Fleischzwangsbewirtschaftung aufgehoben würde, so gäbe es in Kürze überhaupt kein Vieh und zugehörig kein Fleisch mehr. Auch im besetzten Gebiet muß daher jetzt die Zwangsbewirtschaftung wieder amtlich eingeführt werden.

Wer soll der Einwohnerwehr beitreten?

Alle Volksgenossen, ob im Gebrauch der Waffe ausgebildet oder nicht. Die Aufgaben der Einwohnerwehr sind so groß, daß alle Verwendung finden können. Der Beitritt zahlreicher Volksgenossen zu der Einwohnerwehr nimmt allein schon den Unruhestiftern die Lust, Gewalttätigkeiten zu versuchen. Die Mitglieder der Einwohnerwehren erhalten bei Einberufungen Entschädigung und Verpflegung und sind gegen Unfälle im Dienst versichert. Volksgenossen, die ihre Ordnung und Ruhe hielten, die ihr aus der fortwährenden Unruhe und Unsicherheit herauskommen wollen, geht sofort zu der bekannten Meldestelle und laßt sich in die Liste für Einwohnerwehr eintragen.

Es soll keiner denken, man brauche ihn nicht bei der Einwohnerwehr. Das Bestehen starker Wehren hat die Umstürzler schon in mancher Stadt von ihrem verbrecherischen Vorhaben abgeschreckt. Wenn sich alle, denen Ruhe und Ordnung am Herzen liegt, Mann für Mann, hinter die Einwohnerwehr stellen, dann wird sich zeigen, wo die Mehrzahl des Volkes steht. Und diese Mehrheit soll sich von einem kleinen Häuflein Fanatiker terrorisieren lassen?

Freudenstadt, 22. Dez. Der endgültig bestimmte Abmangel im Gesamthaushalte der Stadt befreit sich auf rund eine halbe Million Mark. Er wird gedeckt werden durch eine Umlage von 6 Prozent und Erhebung einer Einkommensteuer im Betrage von 40 Prozent der staatlichen (1918: 31 Proz.). Der noch ungedeckte Rest von 320 000 Mark soll durch Schlagsung von 5000 Hektometer Stammholz aufgebracht werden.

(SGB.) Stuttgart, 28. Dez. Der Neckar ist im Laufe des Nachmittags rasch gestiegen, in Plochingen in der Zeit von 1 bis 5 Uhr nachmittags wiederum $\frac{1}{2}$ m, auf 2,25 Meter. Auch in Cannstatt ist das Wasser rasch in weiterem Meigen begriffen, und 1: schon beinahe die Höhe von Hl. Abend erreicht. — Um 8 Uhr abends traf die beruhigende Nachricht ein, daß der Plochinger Pegel infolge Nachlassens der Niederschläge im oberen Neckargebiet zu fallen begann. Er zeigte um 6 Uhr 3,15 m, also einen Rückgang um 10 cm.

(SGB.) Vom Oberland, 27. Dez. In der Nähe von Kellmünz wurde ein Borkentier gestohlen, das ein sehr schönes Gewicht repräsentierte. Im leeren Stall fand sich eine Trauerkarte mit Aufschrift: „Herzliches Beileid zu dem schweren Verluste“ vor.

(W.B.) Freiburg i. B., 28. Dez. Die über die Hochwasserkatastrophe eingegangenen Meldungen zeigen ersichtlich, daß Menschenleben dem Wasser nicht zum Opfer gefallen sind. Auch die Viehschäden scheinen unerheblich zu sein, da das Vieh rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnte. Dagegen ist der Schaden an Feldern und Wiesen an weggeschwemmtem Holz, an zerstörten Straßen und sonstigen Verkehrsmitteln außerordentlich groß. Dieser Schaden wird noch vermehrt durch das neuerlich eingetretene Hochwasser. Am 2. Weihnachtsfeiertag gab es starken Schneefall, der auf den Schwarzwaldhöhen bis zu 1 1/2 m ausmachte. Der heftige Regen, verbunden mit starkem Föhn, hat diese Schneemassen neuerlich zum Schmelzen gebracht und ein rasches Steigen aller Wasserläufe verursacht. Wenn der Regen nicht bald nachläßt, dürfte die Gefahr noch größer werden, als an den Weihnachtsfeiertagen, da die Dämme bereits bei der ersten Flut verschiedentlich gerissen sind und inzwischen noch nicht wieder ausgebessert werden konnten.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döhlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Auf 1. Januar.

muß der Bezugspreis für das „Calwer Tagblatt“ wieder rechtzeitig entrichtet werden, wenn unsere Leser eine Unterbrechung in der Zustellung vermeiden wollen.

Das „Calwer Tagblatt“

wird es sich wie bisher, so auch im neuen Jahre angelegen sein lassen, seine Leser über alle wissenschaftlichen Erzeugnisse rasch und zuverlässig

zu unterrichten; es wird alle politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen und Vorgänge behandeln, bei

Vermeidung parteipolitischer Polemik,

die heute im Hinblick auf die trostlose äußere Lage mehr denn je gegenüber der

Betonung des nationalen Gedankens

zurücktreten sollte.

Neben dem Stoff für Unterhaltung und Wissen soll auch das kulturelle Gebiet, das den geistigen und sittlichen Wiederaufbau behandelt, den gebührenden Raum in unserer Zeitung finden.

Als Bezugsblatt

wird das „Calwer Tagblatt“ dafür Sorge tragen, daß alle wichtigen, Stadt und Land bewegenden Fragen unserer engeren Heimat ihren Widerhall finden, und daß die Ereignisse, die auf allgemeines Interesse Anspruch erheben, sorgfältig registriert werden.

So glauben wir, mit den Leistungen unserer Zeitung auch unsere Leser zufrieden stellen zu können und geben uns daher der Hoffnung hin, daß auch im neuen Jahre unsere Beiträge eine entsprechende Unterstützung erfahren.

Verlag und Schriftleitung des „Calwer Tagblatt“.

Erklärung.

Auf die ungeheuerliche Behauptung im „Calwer Tagblatt“ Nr. 300, daß durch unser Verhalten beim letzten Hochwasser die Stadt gefährdet worden sei, sehen wir uns veranlaßt, folgendes zu erwidern:

Wir sind am 23. ds. abends nach Geschäftsschluß vom Stadtschultheißenamt benachrichtigt worden, daß Hochwasser angemeldet sei. Wegen eingetretener Dunkelheit und Mangel an Leuten — die Arbeiterschaft war bereits fort — konnten nennenswerte Arbeiten nicht mehr verrichtet werden.

Nachts gegen 11 Uhr haben Geschäftsführer und Werkmeister sich vom Stand des Hochwassers überzeugt. Der Wasserstand gab übrigens zu dieser Zeit noch zu keiner Befürchtung Anlaß. Erst gegen Morgen des 24. Dezember setzte ein größerer Wasserandrang ein und überschwemmte rasch steigend das Fabrikareal. Beim Eintreffen der Arbeiterschaft wurde der Betrieb nicht begonnen, sondern sämtliche Leute sofort zum Aufräumen verwendet.

Geschäftsführer und Arbeiter haben tief im Wasser wattend alles Gefährliche aus dem Weg geräumt.

Stammholz war im Überschwemmungsgebiet gar nicht vorhanden.

Von den Fluten wurden hauptsächlich eine größere Anzahl Hohlkörper, sogenannte Hohlwalzen, 2 m lang und etwa 3 kg schwer, welche versandbereit lagen, erfasst, obwohl solche verankert worden waren.

Diese Hohlwalzen sind von solcher Beschaffenheit, daß sie niemals Schaden anrichten könnten, wie es bei massivem Stammholz der Fall hätte sein können.

Unter Würdigung dieser Tatsachen ist es unverantwortlich, wenn ein müßiger Zuschauer, sich derartigen Verunsicherungen in anonymer Weise erköhnt und in die Öffentlichkeit bringt, ohne sich vorher zu überzeugen, daß sowohl die Geschäftsleitung als auch die Arbeiterschaft unserer Firma alles getan haben, um jede Gefahr für die Stadt abzuwenden.

Die Geschäftsleitung der Firma
Blank & Stoll, Calw.

Erklärung.

Gegen den unserer Firma gemachten Vorwurf der Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit betreffend unterlassener Vorsicht beim letzten Hochwasser legen wir Verwahrung ein, da sowohl die Geschäftsleitung als auch wir unsere volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Die Arbeiterschaft der Firma
Blank & Stoll, Calw.

Gämtl. Viehbefizer von Calw

werden auf Dienstag, den 30. ds. Mts., abends 8 Uhr zu einer wichtigen Besprechung in das Gasthaus z. „Schwane“ Calw freundl. eingeladen.
Mehrere Viehbefizer.

Bekanntmachung des Schlichtungsausschusses Stuttgart.

Der Wortlaut der in Arbeitsstreitigkeiten vom Schlichtungsausschuß Stuttgart abgegebenen

Schiedsprüche

oder vor dem Schlichtungsausschuß getroffenen Vereinbarungen der Parteien wird gemäß §§ 26 und 28 der Reichsverordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, vom 23. Dezember 1918, regelmäßig, wie folgt, öffentlich bekannt gemacht:

Bei Streitigkeiten von Groß-Stuttgart durch 14-tägige Auflage im Zimmer 23 im 8. Stock des Hauses Königstraße 18, bei allen sonstigen Streitigkeiten durch 14-tägigen Anschlag am Rathhaus des Ortes des Betriebs, der von der Streitsache betroffen ist.

Stuttgart, den 28. Dezbr. 1919.

Irion.

Musikinstrumente

kauft man am besten direkt aus der Werkstatt

R. F. Kellerer,
Instrumentenbauer und Meisterspieler der
Saiteninstrumente. Pforzheim,
Altstadt, nur Oestliche 56.

Umtausch und Ankauf alter Musik-
waren, auch Grammophone werden
gegen Geigen, Zithern u. s. w.
eingetauscht.



Calw.

Auf Mittwoch, den 31. ds. Mts.

laden wir
sämtliche im Jahre 1889 Geborenen
zu unserer

30er Feier

in das Gasthaus Siebenrath freundlichst ein.
Mehrere Dreißiger.

Liebezell.

Am Weihnachtsfest gab es heuer
wieder einmal zwei Verlobungsfeiern.
Unser Otto und Karl, die sind gemeint,
jeder ein wichtiger, guter, lieber Freund.
Ein dreifaches Hoch sei ihnen dargebracht,
daß es hallet und schallet bis zur Sylvesternacht!

Die Regels-Gesellschaft.

Ziehharmonikas,

ein-, zwei-, drei-, vier- und fünfreihige, das Stück von 20.— Mk. an; auch die bekannten echten Tiroler Bogener (gebrauchte und neue) sind sehr billig, alte können auf neue eingetauscht werden. Reparaturen werden innerhalb 30 Minuten erledigt, so daß Jedermann darauf warten kann, bei

Gebr. Hohnloser & Hohner,

Ziehharmonikamacher aus Bozen (Tirol), Pforzheim,
Bergstraße 27. Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von
Meisterspieler Hohnloser.

Kleine Maschinenfabrik

eventuell größere Schlosserei oder passenden Raum, möglichst mit
Wasserkraft, wird von einem Ingenieur zwecks Eröffnung einer Fa-
brikation in, oder in der Umgebung von Calw zu kaufen oder zu
pachten gesucht.
Angebote unter W. N. 300 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten

Möblierte Zimmer

gesucht
Neue Handelsschule.

Suche zum sofortigen Eintritt
ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

Frau Konditor Häupler,
Bahnhofstraße.

Dienstmädchen

per sofort oder später gesucht.
Schroeder, Fabrikbesitzer,
Hirsau.

Ein ehrliches fleißiges

Mädchen

für Küche wird auf 15. Februar
gesucht. Denselben ist gute Ge-
legenheit geboten, sich im Kochen
weiter auszubilden.

Frau Weik, untere Mühle,
Wittberg.

Ordentlicher Junge

17 Jahre alt,
sucht Lehr-Stelle
als Schuhmacher.

Näheres in der Geschäftsstelle
des Blattes.

Unterricht

in der
englisch. Sprache
erteilt
Stud. S. Blum, Liebenzell.

Weiss,
Englands
Politik
u. Entwicklung.

Gehftet Mk. 1.60, gebun-
den Mk. 2.40, erhältlich in
den hiesigen Buchhandlgn.

Verloren

ging am Sonntag Abend ein
grauer Regenpelz
von der Haganaße bis Reibstock,
Badstraße. Der eheliche Finder
wird gebeten, denselben gegen gute
Belohnung abzugeben bei
Frau Hölzle.

Heirat.



Junger Mann

31 Jahre alt, led. ev. mit barem
Vermögen, sämtl. Möbel für die
Haushaltung, Tagesverdienst
24—27 Mark wünscht mit einem
alleinstehend. Mädchen
oder Witwe v. Lande,
entsprechenden Alters
in Verbindung zu treten.
1 Rind nicht ausgeschlossen.
Gefl. Angebote möglichst mit
Bild unter W. N. an die Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Ein größerer oder zwei kleinere

Schreibische

mit verschleißbarer Schublade, für
Einwohnerwehr Calw
zu mieten gesucht.
Offerten sind zu richten an das
Oberamt.

Einige vorzüglich erhaltene
Pianinos

in schwarz, nußb. und eichen,
Friedensware, abzugeben:
S. L. Nagel, Heilbronn,
Fernsprecher 173.

Sprengpatronen

samt Zubehör
sind wieder eingetroffen bei
S. Hamann, Neubulach,
Telefon 3.

Hohes, sicheres Einkommen

kann sich ein Kaufmann, Mechaniker oder Schlosser, der über
12—15000 Mk. verfügt und mit der Landkundschaft umzugehen ver-
steht, durch Uebernahme der Vertretung von erstklassigen landwirt-
schaftlichen Maschinen, die im Bezirk bereits gut eingeführt und
bekannt sind, unbedingt sichern.

Angebote unter S. W. 1902 an Rudolf Wisse, Stuttgart.

la. Kernlederriemen für Landwirtschaft und Gewerbe

werden rasch und preiswert angefertigt

Joh. Schöttle, Sattlerei,
Neubulach.

N. B. Reparaturen schnell
und billig.

Sofort lieferbar:

Grob- und Straßenschotter,
Betonmaterial, Kalksand,
Berk- und Borlage-Steine

Theodor Straub, Mischelkalksteinbruch, Schotter-
werk, Enzberg Würtbg

Eilt! Die Leder- und dadurch die Eilt!
Schuh-Preise steigen enorm!

Ich habe einen Posten

Schuhwaren,

die ich zu annehmbaren Preisen abgeben kann. Karl Stoll, Haggaffe.
Versäume niemand diese günstige Gelegenheit.

Monakam.

Ein Paar schöne starke



hat zu verkaufen

Zug- tiere

M. Lörcher.

Simmozheim.

Eine Ältre, fehlerfreie



20 Wochenträcht. hat zu verkaufen

Rug- u. Fahr- Ruh

Pauline Konz, Witwe.

Brettenberg.

Ein schönes 12 Monate altes



verkauft

Zucht- Rind

Gg. Käßler, Schreiner.

Schmieh.

Einen Wurf ans Fressen ge-
wöhnte



verkauft

Milch- Schweine

Michael Luz.

Altburg.

Einen Wurf



hat zu verkaufen

Milch- Schweine

Michael Kugeler.

Bleyles Knabenanzug

für 10jähr. Knaben, dunkelgrau,
reine Wolle, wie neu, um den
festen Preis von 150 Mk. zu
verkaufen. Anzusehen abends
von 5—8 Uhr

Obere Marktstraße 24.

Ein noch guterhalt., gebrauchter

Kinderwagen

wird zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle des Blattes.

Einen guterhaltenen, starken

Fuhrsehlitten

steht dem Verkauf aus
Chr. Volz, Mehger,
Oberhaugstett.

Kurzgesägtes, trockenes

Brennholz

kann sofort geliefert werden
L. Kärcher, Sägewerk
Hirsau.

„Nissin“

gegen
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
zu haben in der Neuen Apotheke.

„Nissin“

— Mk. 1.50 —
gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
zu haben in allen Apotheken

An unsere Bezieher in Hirsau!

Da wir am dortigen Platze keine geeignete Person
zum Austragen unserer Zeitung gefunden haben, er-
folgt ab 1. Januar die Zustellung unseres Blattes
in Hirsau durch die Post. — Wir werden dafür
Sorge tragen, daß die Leser das Blatt jeweils
am Tage der Ausgabe zugestellt erhalten.
Verlag des Calwer Tagblattes.